Nr. 213. 6. Jahrgang.

Polizei-Behörde
Abtheilung IIb.
den 10 September 1892

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2761) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Stengele in Hamburg.

Sonnabend, den 10. September 1892.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Bürgerliche Rettungsarbeit.

II.

× Dr. Losch's Behandlung der Frage der Organisation der Produktion leidet an einem eigenartigen Widerspruch. Er selbst nimmt die wirthschaftliche Stellung des Einzelstaates bezw. der alten europäischen Kulturstaaten gegenüber anderen neuaufstrebenden Staaten zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen mit der ausgesprochenen Absicht, der Erhaltung des kulturellen Uebergewichts der alten Kulturträgerin Europa zu dienen. Er bedauert an anderer Stelle, daß auswärtige Absatzgebiete europäischer Industrieen durch „kapitalistische Befruchtung" rasch lernen, auf eigenen Füßen zu stehen und giebt damit zu, daß ihm an der Erhaltung des Exports außerordentlich viel liegt. Gleichwohl spottet er wiederum darüber, daß man es als höchste und heiligste Pflicht der deutschen Unternehmer und Arbeiter verkünde, unter allen Umständen alle anderen Völker mit Waarenmassen zu überschwemmen. „Als ob es ein Vergnügen für uns Reichsdeutsche wäre, bei Hungerlöhnen anderen Völkern möglichst billige Waaren zu liefern!" Ihm selbst aber liegt an der „Ueberlegenheit auf fremden Märkten" sehr viel, nur will er sie einer (natürlich seiner) Nation sichern, ohne deren eigene Angehörige zu schädigen, was nur die Nation erreichen könne, welche „technisch am vollendetsten zu produziren und zu liefern vermag".

Die bürgerlich-kapitalistische Natur des deutschnationalen Produktions-Organisators lugt hier offen hervor; aus ihr ergiebt sich auch der gezeichnete Widerspruch. Er sieht den schädigenden Einfluß des Kapitalismus auf die Arbeiter, möchte dem begegnen, aber den Kapitalismus trotzdem erhalten sehen. Er schaut also um sich, um einen Schuldigen zu finden, den er an Stelle des Kapitalismus selbst für das Elend im Gefolge desselben verantwortlich machen kann, und findet ihn in der Rückständigkeit der alten Kulturländer in Bezug auf die Anwendung der vollkommensten Technik. Zwar läßt er daneben noch etliche sekundäre Momente gelten, wie die drückende Militär- und Schuldenlast der europäischen Staaten, aber, wie gesagt, das sind für ihn Nebendinge, die er nur braucht des Gegensatzes wegen zwischen Europa und dem jungen Produktionsriesen Amerika.

Daß dieser Gegensatz besteht, daß er thatsächlich den Fortbestand der Produktion der alten europäischen Kulturländer ernst bedroht, läßt sich nicht leugnen, ist von uns auch bereits bei vielen Gelegenheiten betont worden. Die letzte Ursache der Gefahr liegt aber nicht in der höher entwickelten Technik der neuaufstrebenden Produktionsgebiete von Amerika und anderen Ländern, sondern in der Bedrohung des für den heutigen kapitalistischen Wirthschaftsbetrieb Europas unentbehrlichen Exports durch die Emanzipation früherer Absatzgebiete der europäischen Industrieen und durch den selbstständigen Mitbewerb der Emanzipirten auf dem Weltmarkt. Erst auf letzterem Gebiet kommt die überlegene Produktionstechnik als schwerwiegendes Moment mit in Rechnung.

Aber was ist nach dieser Seite mit der Nachentwicklung der rückständigen deutschen bezw. europäischen Produktion gewonnen, wenn man nur die Bestehung des Wettkampfes auf dem Weltmarkt im Auge hat? Auf die Dauer sicher nicht viel. In den als Absatzgebieten verbleibenden Ländern rückständiger Kultur werden die europäischen Industrieen sich etwas länger als Mitbewerber halten; da man dann aber auf beiden Seiten mit den technisch vollkommensten Produktionsinstrumenten arbeiten wird, so wird die Masse der vorhandenen Produkte nur um so schneller im Verhältniß zum Bedarf wachsen und zwar nicht nur in den ausländischen Absatzgebieten. Die Ueberfüllung und die Stockung würde nur soviel rascher eintreten.

Die Untersuchung der Wirkungen höher entwickelter Technik führt also sofort wieder auf den wirthschaftlichen Zusammenhang der Völker, die Internationalität. Würde der Verfasser sich nicht ein bestimmtes begrenztes Wirthschaftsgebiet absondern, um diesem durch seine Entwicklung der Technik zu helfen, im Gegensatz zu anderen, seine Theorie würde sehr bald in die Brüche gehen. Darum seine Abweisung der Internationalität, die möglichst umfassend den vorgeschritteneren Kulturländern den Segen einer vernünftigen Produktions-Organisation zuwenden will.

Andererseits lehrt aber schon die obige äußerst knappe Erwägung der Wirkungen höher entwickelter Technik, daß diese allein nicht nur keine Abhülfe für die sozialen Uebelstände bietet, sondern sogar geeignet sein kann, diese Uebelstände zu verschlimmern, wenn nicht mit der Erhöhung der Produktivkraft organisatorische Maßnahmen parallel laufen, welche verhindern, daß die erhöhte Produktivkraft zum Schaden der Arbeiter ausschlage. Bisher ist das bei jedem technischen Fortschritt der Fall gewesen. Die Thatsache, daß mit der wachsenden Ergiebigkeit der Arbeit die Lage des Arbeiters sich verschlechtert hat, hätte Herrn Losch davor bewahren sollen, lediglich von der technischen Vervollkommnung der Produktion besonderen Segen zu erhoffen.

Es ist ja recht schätzenswerthes Material, wenn er an der Hand der von der Berufsstatistik des Deutschen Reiches gebotenen Zahlen den Nachweis führt (zum Theil freilich nur durch schätzungsweise gewonnene Zahlen), daß in der Landwirthschaft, Bergbau, Hüttenbetrieb, Textilindustrie, den Industrieen der Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Reinigung, dem polygraphischen Gewerbe und dem Waaren- und Produktenhandel von 10 930 578 vollbeschäftigten Personen (die Nebenbeschäftigten sind auf volle reduzirt) durch Vervollkommnung der Technik nur bis zu der in einzelnen Betrieben schon vorhandenen Höhe 2 353 443 Personen überflüssig gemacht werden können, daß entweder die Produktenmasse im gleichen Verhältniß vermehrt oder die Arbeitszeit entsprechend vermindert werden kann.

So mühselig dieser Nachweis im Einzelnen ist, so sehr wir denselben auch anerkennen, können wir demgegenüber doch die Frage nicht zurückhalten: Wer bestreitet denn diese Ausdehnungsmöglichkeit der Produktion? Daß in den Produktionsbetrieben aller Kulturnationen (selbst das neuaufstrebende Amerika möchten wir hier nicht ganz ausnehmen) noch außerordentlich viele rückständige, nicht auf der Höhe der technischen Entwicklung stehende und darum wenig leistungsfähige Betriebe vorhanden sind, wird jeder vernünftige Mensch, der ein wenig Einblick in die Dinge hat, zugeben. Daraus ergiebt sich ganz von selbst, daß mit der technischen Vervollkommnung der Betriebe eine größere Leistungsfähigkeit erzielt werden kann. Das ist ja grade von der Sozialdemokratie stets betont worden und erscheint als so selbstverständlich, daß ein Nachweis im Einzelnen eigentlich überflüssig ist, zumal er, wie Losch's Versuch zeigt, schließlich doch nur immer auf Muthmaßungen hinausläuft.

Die Möglichkeit einer weitgehenden Hebung der Leistungsfähigkeit der Produktion zu bestreiten, das bringen nur noch moderne Don Quixotes à la Eugen Richter fertig, wenn sie im „Geisteskampf" gegen die Sozialdemokratie ihrem gläubigen Publikum „beweisen" wollen, daß der Einzelne, wie die Menschheit im Allgemeinen in einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation sich schlechter stehen werde, wie in der so „segensreichen" kapitalistischen Welt.

Der Nachweis der technischen Möglichkeit einer größeren Ergiebigkeit der Produktion ist also viel weniger wichtig, als der gleiche Beweis nach der sozialökonomischen Seite hin, d. h. der Beweis, daß entweder unter heutigen oder unter anders organisirten Wirthschaftsverhältnissen und unter welcher Form der Organisation die höchste Entfaltung technischer Vollkommenheit möglich und nicht nur nicht schädlich, sondern von wirklich allgemeinem Nutzen ist.

Für das heutige unter der unbeschränkten Herrschaft der freien Konkurrenz stehende kapitalistische Wirthschaftsgetriebe steht die Unmöglichkeit einer vollen Entfaltung der technisch möglichen Arbeitsergiebigkeit fest. Der Kapitalismus kann der von ihm selbst entwickelten Produktivkräfte nicht mehr Herr werden. Die Mehrwerthserzeugung und die davon untrennbare Massenarmuth hat den Konsum in einer Weise eingeengt, daß selbst für die mit noch unentwickelten Produktionseinrichtungen erzeugten Produktenmengen schon der Absatz fehlt. Jede Steigerung der Produktivität mehrt die Verlegenheiten des Absatzes. Es fehlt also der Ansporn zur Vervollkommnung. Der Kapitalismus beginnt sich vor seinen eigenen wirthschaftlichen Machtmitteln zu fürchten.

Aber stände diese Thatsache der vollen Entfaltung der technischen Produktivkräfte nicht im Wege, könnte sie unter dem heutigen kapitalistischen Regime wirklich eintreten, die Folge könnte nur eine Vervielfältigung des Elends durch ungeheures Anwachsen der Arbeitslosigkeit sein. Verstärkt der Kapitalismus bei der nicht planmäßig, also langsamer fortschreitenden Entwicklung der Produktivität schon fortgesetzt das Heer der Ueberflüssigen, so müßte, würden alle Betriebe zu höchster technischer Vollkommenheit entwickelt, das in nie gesehenem Umfange geschehen.

Wenn Herr Losch sich die treibenden Motive innerhalb der kapitalistischen Produktion genau ansieht, so dürfte auch er sich kaum der Ueberzeugung verschließen können, daß von den von ihm entwickelten Möglichkeiten nur die eine dem innersten Wesen des Kapitalismus entspricht: die durch Vervollkommnung der Technik überflüssig gemachten Arbeitskräfte abzustoßen und sie ihrem Schicksal zu überlassen.

Der Kapitalismus kommt aus dem schlimmen Zirkel nicht heraus, unter dem Drucke der Konkurrenz die Produktivität der Arbeit fortgesetzt erhöhen und damit die hergestellten Produktenmassen vergrößern zu müssen, während die Absatzgebiete sich einengen. Der Kapitalismus kennt dagegen nur ein Rettungsmittel: die Einschränkung der Produktion durch Trusts und Kartelle. Diese Einschränkung verschärft aber das Uebel wiederum, weil sie die Arbeitslosigkeit vermehrt, dadurch den Konsum verringert und den Absatz der Produkte noch mehr beschränkt. Aus dieser schlimmen Lage kann der Kapitalismus sich durch eine planmäßige Entfaltung der Produktivität durchaus nicht retten; wie wir gesehen haben, wäre sie nur geeignet, das Uebel zu verschärfen.

Somit würde noch zu erörtern sein, wie unser Autor sich die praktische Verwerthung der gewonnenen Einsicht, daß viel mehr, als erzeugt wird, erzeugt werden könnte, denkt.

Von der Weltbühne.

Zur neuen Militärvorlage wird der „Frankf. Ztg." aus Berlin berichtet, daß trotz aller bißherigen Mittheilungen über die Höhe der in Aussicht stehenden Forderungen noch neue Ueberraschungen bevorstehen. Der Berichterstatter schreibt:

„Die offiziöse Ankündigung einer autorisirten Mittheilung hat bei optimistischen Naturen vielleicht den Eindruck erweckt, daß dieses Militärgesetz schließlich nicht so schlimm sein werde, als es jetzt aussieht. Das wäre ein großer Irrthum. Wir vermuthen vielmehr, daß die „Darlegung der Zwecke und Ziele" so abgefaßt sein wird, daß sie Stimmung machen soll für die ungeheure Last, die dieses Militärgesetz dem deutschen Volke zumuthet, und daß diese ganz ungewöhnliche autorisirte Mittheilung vor der Einbringung des Gesetzes im Reichstage einigermaßen die Ueberraschung mildern soll, die uns noch bevorsteht. Es kommt nämlich noch eine Ueberraschung. Die „Norddeutsche" hat Recht, die bisherigen Mittheilungen sind zum Theil falsch. Personen, die von der Militärvorlage Kenntniß haben, versichern, daß das Erstaunen trotz dessen, was schon bekannt ist, noch recht groß sein wird. Wir wollen Einzelheiten, die uns mitgetheilt werden über die Zahl der jährlich einzustellenden Rekruten und dergleichen, im jetzigen Stadium der Angelegenheit für uns behalten, das aber läßt sich nicht verschweigen, daß nach durchaus glaubwürdigen Versicherungen die jährlichen Mehrkosten, die dieses Militärgesetz zur Folge haben wird, sich auf weit über hundert Millionen belaufen werden. „Rechnen Sie auf 100—150 Millionen," versichert ein Gewährsmann, der offenbar Scheu trägt, die genaue Summe zu nennen.

„Man könnte fast geneigt sein, eine solche Mittheilung nicht ernsthaft zu nehmen, sie ist aber ernst, und man muß nur allmälig zweifeln an dem Ernste derjenigen Staatsmänner, die wirklich glauben, daß das Deutsche Reich eine solche Last, die lediglich durch neue Reichssteuern aufgebracht werden müßte, wirklich tragen könne. Nun wird es erst recht klar, weshalb nicht nur eine neue Reichssteuer, sondern gleichzeitig mehrere in Aussicht genommen sind, obwohl sich auch eine kühne Phantasie nicht ausmalen kann, wie mehrere Steuern einen Betrag wie den genannten liefern sollen.

„In offiziösen Mittheilungen wird mit rührender Sorge für unsere Volksvertreter versichert, die parlamentarische Arbeit werde so eingetheilt werden, daß die Steuerreform in Preußen und die Militärvorlage im Reiche, auch wenn sie in derselben Session kommen, nicht mit einander kollidiren. Das soll heißen, die eine beginnt im Herbst und die andere im Januar. Der Verfasser dieser Notiz scheint keine Ahnung zu haben, daß die zeitliche Kollision, die durch die Militärvorlage entsteht, etwas ganz Nebensächliches ist im Verhältniß zu der großen Kollision, die eine solche Forderung in unseren gesammten politisch-wirthschaftlichen und Parteiverhältnissen hervorrufen muß. Sie bedeutet, wenn sie wirklich ernst gemeint ist, eine Umwälzung, wie wir sie überhaupt noch nicht erlebt haben."

Nach den bisher gemachten Erfahrungen kann man selbst diese unerhörte Forderung nicht für unmöglich halten. Der Militarismus ist eben unersättlich.

Das preußische Dreiklassen-Wahlsystem droht sich, wie schon kürzlich erörtert worden, in Folge der Miquel'schen Steuer-„Reformen" zu einer solchen plutokratischen Ungeheuerlichkeit zuzuspitzen, daß das selbst konservativen Politikern, soweit sie nicht völlig mit Blindheit geschlagen sind, einleuchtet und ihnen Bedenken erregt. Der freikonservative Professor Dr. Delbrück spricht z. B. in den „Preußischen Jahrbüchern" folgendes vernichtende Urtheil:

„Es ist durchaus nothwendig, das Wahlrecht so zu gestalten, daß auch der vierte Stand die Möglichkeit hat, seine Interessen im Landtage vertreten zu sehen. Wir haben ja auch für Preußen das allgemeine Wahlrecht, aber durch die Klasseneintheilung künstlich so verschränkt, daß der Arbeiterstand nur ein Schein-Wahlrecht besitzt. Die Frucht wird ihm hingehalten, aber er darf sie nicht genießen. Es ist schlimmer, als gar kein Wahlrecht, da das Recht anerkannt ist, der Berechtigte aber um die wirksame Ausübung, rund herausgesagt, listig betrogen wird. Dieses preußische Wahlrecht ist eine fortgesetzte Provokation und Beleidigung aller Wenig-Besitzenden. Durch die neue Einschätzung und durch den Verzicht des Staates auf die Realsteuern würde der plutokratische Karakter des Systems zur völligen Unerträglichkeit verschärft werden. Eine Reform ist also schlechterdings geboten.

„Durch die Aenderung in der gewünschten Richtung würden ja nun auch Sozialdemokraten in den Landtag gelangen. Das wird Manchen erschrecken, ist aber in der That sogar wünschenswerth. Die Sozialdemokratie ist gefährlich dadurch, daß sie da ist, nicht dadurch, daß ihr Dasein auch amtlich konstatirt wird. Wer diese Leute von der Volksvertretung ausschließen will, handelt wie die Hamburger Polizei, die die Cholerafälle vertuschte, statt sie schleunigst warnend bekannt zu machen. Einige oder auch einige Dutzend Sozialdemokraten im Parlamente thun gar keinen Schaden; man kann im Gegentheil sagen, es ist der Platz, auf den man sie absichtlich drängen muß. Hier, nicht in den Volksversammlungen, müssen sie Rede und Antwort stehen; hier kann man sie immer von Neuem zwingen, ihre Pläne entweder offenzulegen oder zu verleugnen; hier müssen sie wenigstens einigermaßen an der praktischen politischen Arbeit theilnehmen; hier werden ihre unwahren Behauptungen ihnen in's Angesicht widerlegt; hier können sie ihren berechtigten Beschwerden Ausdruck geben und in gesetzlicher Weise Abhülfe verlangen. Alle die revolutionäre Wuth, die draußen endlich als rohe Gewaltthat hervorbricht, schäumt hier aus, erkennt ihre eigene Ohnmacht und akzeptirt zuletzt, wenn auch murrend und scheltend, was auf gesetzlichem Wege an Verbesserungen und Wohlthaten gewährt wird."

Daß die Sozialdemokratie sich auf dem parlamentischen Parkett trotz ihrer „praktischen Mitarbeit" nicht von ihrem prinzipiellen Standpunkt verdrängen läßt, ist nachgrade klar genug erwiesen. Den konservativen und liberalen Politikern erscheinen unsere Genossen im Parlement nur anders und „milder", weil sie nicht dem Bilde entsprechen, das Jene sich in ihrer üppigen Phantasie von den Sozialdemokraten gemacht haben, weil sie sich nicht Mühe gaben, die Sozialdemokratie außerhalb des Parlaments kennen zu lernen.

Die bürgerlichen Genossen des konservativen Herrn Professors werden übrigens schwerlich mit ihm darin übereinstimmen, daß es wünschenswerth sei, die Sozialdemokratie in den Landtag eindringen zu lassen, damit auch der „vierte Stand" dort seine Interessen vertreten könne. Dieses Eindringen fürchten sie wie die Pest, weil die sozialistischen Vertreter ein ständiges, lebendiges Menetekel für die Sünden der bürgerlich-kapitalistischen Welt sein würden. Bei der von allen Parteien empfohlenen Flickarbeit am Wahlgesetz wird für Alle der Gedanke maßgebend sein, den Einzug der Sozialdemokratie zu verhindern. Nicht einmal der „Freisinn" wagt sich mehr zur Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu erheben.

Etwas für die Zünftler. Wie offiziös mitgetheilt wird, sollen die zuständigen Behörden gegenwärtig in Anknüpfung an die Berathungen der Berliner Handwerkerkonferenz mit der Regelung des Lehrlingswesens beschäftigt sein. Folgende Gesichtspunkte sollen dabei nach den „Berl. Pol. Nachr." maßgebend sein: „Der Handwerkslehrling wird vom Meister einmal dazu angenommen, daß er in seinem Fache eine Ausbildung erhält, die ihn befähigt, als Gehülfe und später selbstständig zu arbeiten, sodann aber auch dazu, daß er in der späteren Lehrzeit dem Meister diejenigen Unkosten, welche dieser für ihn in der ersten Zeit aufgewendet hat, wieder einbringt. Dazu sind nicht blos die Wohnungs- und Unterhaltungskosten, sondern auch die Kosten der Materialien, an welchen der Lehrling sich versucht, die stärkere Abnutzung des Handwerkzeuges u. s. w. zu rechnen. Beide Gesichtspunkte müssen bei der Regelung der Lehrlingsfrage Berücksichtigung finden. Man könnte beiden Theilen gerecht werden, wenn man eine bestimmte Lehrzeit gesetzlich feststellte. Jedoch ist dieser Weg ungangbar, weil die Verschiedenartigkeit der Handwerkszweige eine ganz verschiedene Zeitforderung für die Ausbildung des Lehrlings bedingt. Auch wird man darauf sehen müssen, daß nicht Jeder, der sich Meister nennt, Lehrlinge ohne Weiteres annehmen darf. Vielleicht findet man in einer gewissen Altersgrenze ein Kriterium, von dessen Vorhandensein man das Halten von Lehrlingen abhängig macht. Irgend eine Prüfung hierzu auszuwählen, wäre deshalb kaum zweckmäßig, weil eine solche über die pädagogische Veranlagung keinen Aufschluß geben kann. Am meisten wird jedoch Gewicht darauf zu legen sein, daß eine ordentliche Beaufsichtigung des Lehrlingswesens geschaffen wird. Auch muß der Verwendung der Lehrlinge als jugendliche Arbeiter vorgebeugt werden."

Mit solcher „Regelung" wird unseren Herren Zünftlern sehr wenig gedient sein; sind sie es doch, die in puncto Lehrlingsausbeutung ganz besonders „leistungsfähig" sind. Will man ihnen diese ihre Freiheit beschränken, so werden sie davon nicht sehr erbaut sein. Der Befähigungsnachweis, der ihnen so sehr an's Herz gewachsen ist, sollte ja nur die Koulisse sein, hinter welcher sie ungestört das Geschäft der Lehrlingsausnutzung betreiben konnten.

Cholera und bürgerliche Profitsucht. Aus Furcht, die Leipziger Messe könnte der Cholera halber verboten und dadurch der „Geschäftswelt" ein finanzielles Opfer auferlegt werden, veröffentlicht, wie der „Wähler" berichtet, im „Leipziger Tageblatt" ein „Patriot" ein Eingesandt, in welchem es heißt:

„Die Messe und speziell die Engros-Messe ist für Leipzig von solcher Wichtigkeit, daß es reifer Ueberlegung nach allen Seiten hin bedarf, ehe ein Verbot in Frage käme . . . Ist aber die Furcht (vor der Cholera) nicht etwas übertrieben, wenn nur genügende Sicherheitsmaßregeln angewandt werden, denn schließlich rafft ja die Seuche fast ausschließlich Diejenigen hinweg, welche nicht nach gesunden Prinzipien leben."

Das „Leipziger Tageblatt" ist Publikationsorgan des Rathes und der Universität und Leibblatt des herrschenden Patriziertums. Trotzdem fand es nichts Anstößiges darin, jenem menschlichen Raubthier seine Spalten zur Verfügung zu stellen, während es bekanntlich für die Einsendungen der nicht mit ihm sympathisirenden Arbeiter nie Raum übrig hat. Der Leipziger „Wähler" nagelt die Raubthier-Moral des Verfassers jenes Eingesandts gebührend fest, indem er richtig sagt:

„Also Diejenigen, welche nicht nach gesunden Prinzipien leben, d. h. nicht leben können, wie die Hunderttausende der Leipziger Arbeiterbevölkerung, sie können einfach zu Grunde gehen. Wem von den Leipziger Arbeitern ist es bei den gezahlten Hungerlöhnen denn möglich, seine Ernährung und die seiner Familie nach „gesunden Prinzipien" einzurichten? Doch was fragen die Ausbeuter danach, ob die Arbeiter sich in angestrengter langer Tages- und Nachtarbeit abrackern und körperlich ruiniren? Sie gelten als Ausbeutungs-Objekte und wenn diese Ausbeutung zeitweilig weniger reich ausfallen könnte, so läßt die blindfanatische Geldwuth einfach jede Rücksicht gegen die Arbeiter fallen. Mögen sie zu Grunde gehen, der Profit über Alles!"

Lohnreduktionen für die Bergleute sind jetzt überall an der Tagesordnung. Nachdem die Bergwerksbesitzer auf Grund ungeheuerlichster Preistreibereien enorme Gewinne eingeheimst haben, lassen sie jetzt den Rückgang des Geschäftes ihre Arbeiter entgelten, die man „unverschämt" und „begehrlich" schalt, als sie auch von den hohen Gewinnen einen winzigen Antheil beanspruchten. Die Verhältnisse sind natürlich durch die Lohndrückereien der Grubenverwaltungen wieder recht unerquickliche geworden. So berichtet die „Frkf. Ztg." aus Dortmund:

Recht trübe haben sich auf vielen Zechen die Verhältnisse für die Bergleute gestaltet. Es bleibt nicht bei Feierschichten, es folgen auch Lohnreduktionen. Am 1. d. M. trat auch auf der Zeche „Tremonia" eine solche ein; sie belief sich auf 5 bis 10 ₰ für den geförderten Wagen oder auf durchschnittlich 15 Prozent. Die davon betroffenen Bergleute wählten eine Deputation, die sich mit dem Betriebsführer in Verbindung setzen sollte, dieser beschied die Delegirten abschläglich. Die Folge ist ein indirekter Streik. Die Bergleute fahren an, aber sie arbeiten nicht, so daß die Grube einen großen Ausfall in der Förderung hat. Wer zuerst nachgeben wird, weiß man noch nicht.

Nicht besser sieht's im Saarevier aus. Auch dort hat die auf den fiskalischen Gruben eingetretene Lohnreduktion und in Verbindung damit die im Juli d. J. den technischen Werksbeamten ausbezahlte Remuneration der bergmännischen Bevölkerung Anlaß zur Mißstimmung gegeben. Der amtliche „Bergmannsfreund" giebt sich natürlich alle Mühe, die Herabsetzung der Löhne als zwingende, in der Ungunst der Absatzverhältnisse liegende Nothwendigkeit und nicht als vexatorische Maßregel der Behörde hinzustellen. Die Bergleute verlangten hohe Löhne, die Industrie niedrige Kohlenpreise, die Staatsregierung einen angemessenen Ueberschuß; das lasse sich gegenwärtig nicht vereinigen. Hohe Kohlenpreise könnten nicht gehalten werden, weil auf dem Weltmarkt die Preise heruntergehen; der Ueberschuß sei schon gegen früher auf beinahe die Hälfte (noch nicht 2 pZt.) herabgesunken und werde bald noch tiefer sinken; an den Kohlengewinnungskosten lasse sich nicht sparen, sie seien so billig wie möglich angesetzt — bleibe also nichts Anderes übrig, als eine Lohnherabsetzung der Arbeiter. Im Etat sei für die Arbeitslöhne für jede Grube eine ganz bestimmte Summe ausgeworfen, die auf Grund der vorsichtigsten Ermittlung festgestellt werde; über diese Summe hinaus dürften Löhne nicht bezahlt werden, das wäre ungesetzlich. Der „Bergmannsfreund" kommt zu dem Schluß: entweder Lohnreduktion, entsprechend der im Etat festgesetzten Gesammtlohnsumme, oder Arbeiterentlassung. Man hat zum ersteren Mittel, als dem kleineren Uebel, gegriffen, da die Löhne auch jetzt noch immer als „auskömmliche" bezeichnet werden dürften, wenigstens für den fleißigen Bergmann. Ob die obige Beweisführung den Bergleuten einleuchten wird, ist fraglich; man sucht damit etwaigen Streikgelüsten vorzubeugen, die sich bereits vereinzelt und schüchtern zu regen begannen. Allerdings wäre ein Streik unter den gegenwärtigen Verhältnissen gänzlich aussichtslos und würde seinen Zweck, höhere Löhne zu erzwingen, gänzlich verfehlen. Das wissen die Bergleute sehr wohl und deshalb sind die Gerüchte, die Mißstimmung unter denselben habe sich bereits zur ausgesprochenen Streik-Absicht verdichtet, vorerst mit aller Vorsicht aufzunehmen.

Eine sozialdemokratische Parteikonferenz für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg, welche von 71 Delegirten besucht war, tagte am Sonntag in Babenhausen. Den Vorsitz führte der Vertrauensmann des Kreises Orb-Offenbach. Der Kassenbericht ergab einen Baarbestand von M. 1250. Auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Ulrich-Offenbach beschloß die Konferenz, für den Kreis Dieburg ein Wochenblatt für den Preis von 50 Pfennig pro Quartal herauszugeben, um so größeren Einfluß auf die ländliche Bevölkerung zu gewinnen. Ein weiterer Antrag, die Wahlvereine aufzulösen und eine zentralisirte Organisation zu gründen, fand allseitige Zustimmung, weil Gefahr bestehe, daß bei der nächsten Wahl die gegnerischen Parteien gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokraten machen werden. Zum Schluß wählte die Konferenz den Genossen Galm aus Seligenstadt als Delegirten für den Parteitag in Berlin.

Starke Vermehrung unserer Anhänger wurde auf der Parteikonferenz konstatirt, die am vorvergangenen Sonntag in Schmalkalden stattfand. Im letzten Berichtsjahre haben sich selbst in solchen Orten, wo vordem unsere Ideen durchaus keinen Boden finden wollten, eine bedeutende Zahl Personen der Sozialdemokratie angeschlossen. Die Maßregelungen, mit welchen die herrschenden Klassen gegen unsere bekannten Anhänger vorgehen, haben auf die Massen der Bevölkerung nur die Wirkung, daß man im Stillen um so kräftiger für die sozialdemokratischen Grundsätze agitirt. Zur Parteikonferenz waren Genossen aus den Orten Schmalkalden, Kleinschmalkalden, Steinbach-Hallenberg und Näherstille erschienen.

Der Konfiskation verfiel auf Beschluß des Amtsgerichts I Berlin die letzte Mittwochs-Nummer des „Vorwärts" wegen angeblicher Beleidigung des preußischen Justizministers von Schelling. Sie soll enthalten sein in einer Notiz „Herr von Schelling im Lichte der bürgerlichen Demokratie", worin Auslassungen der „Frankf. Ztg.", die sich lobend über Herrn von Schelling aussprachen, kritisirt wurden.

Die Cholera in Deutschland. Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt sind vom 7. bis 8. September, Mittags, folgende Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle gemeldet:

Staat und Bezirk.	Ort.	Datum: 4./9. erkrankt	4./9. gestorben	5./9. erkrankt	5./9. gestorben	6./9. erkrankt	6./9. gestorben	7./9. erkrankt	7./9. gestorben
Hamburg	Hamburg	501	158	674	264	702	333	655	315
Preußen Lüneburg	Wilhelmsburg	7	4	5	2	3	1	12	4
Stade	Krautsand	3	1	1	—	3	2	—	—

Vereinzelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk Stade: in je einem Orte der Kreise Neuhaus und Kehdingen 1 Erkr.

Regierungsbezirk Lüneburg: in einem Orte des Kreises Harburg (Land) 1 Erkr., 1 Todesfall.

Regierungsbezirk Hannover: in einem Orte des Kreises Hoya 2 Erkr.

Berlin: 1 Erkr.

Regierungsbezirk Köslin: in einem Orte des Kreises Stolp 1 Erkr.

Großherzogthum Meklenburg-Schwerin: in den Städten Dömitz und Tessin je 2 Erkr., Güstrow 1 Erkr.

Aus dem Regierungsbezirk Schleswig sind Nachrichten bis jetzt nicht eingetroffen.

Die in Berlin am 7. September an asiatischer Cholera erkrankte zugereiste Frau aus Brandenburg ist am Donnerstag Nachmittag gestorben. — In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung theilte Professor Virchow mit, zu seiner Genugthuung und Freude habe er vom Direktor des Moabiter Krankenhauses, dem rührigen Herrn Merke, einen Rohrpostbrief erhalten, in welchem dieser ihm mittheilt, daß ihm ein Verfahren gelungen sei, mit der vorhandenen Dampfkraft die Exkremente der Cholerakranken innerhalb 10 Minuten zu kochen und dadurch alle Baracken bazillenfrei zu machen. Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig die Magistratsvorlage wegen Bewilligung des Kredites von M. 300 000 zur Abwehr der Choleragefahr.

Der sächsische Textilarbeiter-Kongreß, der am 11. September in Glauchau tagen sollte, ist wegen der Choleragefahr verboten worden.

Die Obduktion der Leiche des in Heilbronn aus Kirchheim am Neckar zugereisten, im Heilbronner Cholerahospital gestorbenen Mädchens ergab als Todesursache Durchbohrung der Magenwand in Folge eines Geschwürs.

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, sind die Kaisermanöver des 13. Korps jetzt definitiv abbestellt, die Einberufung der Reservedivision unterbleibt. Die Manöver dauern bis 16. September. Der Minister des Innern unterbrach seinen Urlaub und kehrte zurück. Er präsidirte bereits einer Sitzung der Cholerakommission. Das Cannstatter Volksfest wird nicht abgehalten werden.

Der zum 24. September nach Berlin anberaumt gewesene Verbandstag des Deutschen Seiler- und Reepschläger-Verbandes ist wegen der Choleragefahr auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Cholera im Auslande. Im Haag verbot der Bürgermeister wegen der Choleragefahr die Abhaltung der unter freiem Himmel geplanten Meetings zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts.

Der Schweizer Bundesrath hat die Schweizer Bahnverwaltungen angewiesen, alle vom Ausland kommenden Extrazüge jeglicher Art und Herkunft zurückzuweisen, falls die betreffende Verwaltung nicht die Erlaubniß des Eisenbahn-Departements erhalten hat, diese Züge passiren zu lassen.

Aus New-York wird gemeldet: Der Millionär Pierpont Morgan miethete auf eigene Kosten den großen Dampfer „Stonington" zur Aufnahme der Kajütenpassagiere des in Quarantäne liegenden Dampfers „Normannia". Die Passagiere werden unverzüglich an Bord des „Stonington" gesandt und dort unter Observation gestellt. Die Dampfer „City of Newyork", „Bourgogne" und „Elbe" sind aus der Quarantäne entlassen.

Aus der Schweiz. Aus einer Nachwahl zum Großen Stadtrath von Zürich ist der alte wackere Vorkämpfer der Arbeitersache Karl Bürkli am 5. September als Sieger hervorgegangen. Die Sozialdemokraten und die entschiedenen Demokraten gingen Hand in Hand.

Sozialdemokratische Landesversammlung in Christiania. Zu der in Christiania tagenden sechsten norwegischen sozialdemokratischen Landesversammlung sind, wie das Depeschenbüreau „Herold" meldet, 27 Vertreter erschienen. „Herold", für dessen Angaben wir natürlich keine Bürgschaft übernehmen, da er stets tendenziös ist, sobald es sich um die Arbeiterbewegung handelt, berichtet: „Nach dem Jahresbericht haben sich bisher von den Arbeitervereinen im ganzen Lande nur ungefähr 30 den Sozialdemokraten angeschlossen. Von vielen Rednern wurde der Anschluß an die liberale Partei wegen Gewinnung des allgemeinen Stimmrechts befürwortet. Zigarrenmacher Sperling vertritt den Standpunkt der Anarchisten."

Der Kongreß der englischen Gewerkvereine faßte in seiner Mittwochssitzung einen Beschluß, welcher fordert, daß das Gesetz über die Wählerlisten, wonach die Eintragung nur nach zwölfmonatlicher Ansässigkeit vom 15. Juli eines Jahres ab geschieht, dahin abgeändert werde, daß die Eintragung das ganze Jahr durch, nach dreimonatlicher Anwesenheit, geschehen soll, und zwar durch einen verantwortlichen Beamten (registration reform). Nun folgte eine längere Erörterung eines Antrages auf Erhebung eines Beitrages von 1 P. monatlich von jedem Mitglied der verbündeten Gewerkvereine zur Gründung einer Kasse, aus der die Kosten der Parteimitglieder bei Parlamentswahlen und ihre Diäten während der Tagung bestritten werden sollen. Auf Antrag Keir Hardies wurde die Beschlußfassung der nächsten Tagung vorbehalten. Dabei wurde mit 141 gegen 140 Stimmen ein Antrag angenommen, daß die Partei sich als „Unabhängige Arbeiterpartei" bezeichnet. Nach einem weiteren Beschluß sollen die Arbeiter, die dem Parlament angehören, fordern, daß bei Verdingung von Staatsarbeiten den dabei beschäftigten Arbeitern die von den Gewerkvereinen festgestellten Lohnsätze gewährleistet werden. Weiter wird verlangt, daß die Arbeiter Mitglieder der Geschworenengerichte werden und alsdann 10 Sh. Diäten erhalten können.

Am Donnerstag beschloß der Kongreß nach Meldung des Büreau Reuter, die Regierung aufzufordern, daß sie keine fabrikmäßig hergestellten Gegenstände vom Ausland